



## Presseinformation

Nr. 073/2008

Kiel, Donnerstag, 28. Februar 2008

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Schulpolitik/Gymnasium/G8/Ganztagsangebote

### Ekkehard Klug: „Turbo-Abitur und Profiloberstufe kommen in Schleswig-Holstein ohne die dazu nötigen Lehrer und Ganztagsangebote“

#### - Große Koalition vermurkst die Reform der Gymnasien -

In der Landtagsdebatte zu **TOP 17 und TOP 21** (G8/Ganztagsangebote im Gymnasium) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„In den Kieler Nachrichten vom 13. Februar wurde der SPD-Vorsitzende Kurt Beck mit der Bemerkung zitiert, „aus SPD-Sicht (sei) eine verkürzte Gymnasialzeit allenfalls im Rahmen der Ganztagschule möglich“.

Direkt daneben stand ein Interview mit der schleswig-holsteinischen Bildungsministerin. Frau Erdsiek-Rave räumte darin ein, dass mehr als die Hälfte der schleswig-holsteinischen Gymnasien noch gar keine offenen Ganztagschulen seien.

Fakt ist: Bei der Mehrzahl der Schulen fehlen die für einen Ganztagsbetrieb erforderlichen Räume und das Angebot für ein Mittagessen - also auch die dazu nötige Mensa oder Cafeteria. Dabei ist doch klar: 34 Wochenstunden, die im G8-Modell in vielen Jahrgängen die Regel sein werden, erfordern an mehreren Wochentagen den Übergang zur Ganztagschule. Mit der personellen und sächlichen Ausstattung einer klassischen Halbtagsschule ist das nicht zu machen. Dazu braucht man ein stimmiges Ganztagskonzept, das auch Pausen – also Erholungszeiten – und einen Mittagstisch einschließt.

In Rheinland-Pfalz rechnet man pro Ganztagschule im Schnitt mit einem personellen Mehrbedarf von drei Lehrerstellen. Schleswig-Holstein fördert offene Ganztagschulen mit 35 Cent pro Schüler und Angebotsstunde, maximal 30.000 Euro pro Schule im Jahr. Das ist vergleichsweise sehr viel weniger, aber selbst diese Förderung verweigert die Landesregierung den Gymnasien.

**Wolfgang Kubicki, MdL**

*Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**

*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**

*Parlamentarischer Geschäftsführer*

**Günther Hildebrand, MdL**

www.fdp-sh.de

Während Grundschulen, Regionalschulen und Gemeinschaftsschule diese Mittel erhalten, sollen die Gymnasien als einzige Schulart unter den allgemeinbildenden Schulen des neuen Schulsystems in Schleswig-Holstein von dieser Unterstützung ausgenommen bleiben.

Diese einseitige Benachteiligung der Gymnasien wollen wir durch unseren Antrag beenden. Als vor etlichen Jahren der Ausbau der Ganztagsangebote begann, war es sicher gerechtfertigt, zunächst andere Schularten, vor allem die Hauptschulen, in den Genuss dieser Förderung kommen zu lassen. Mittlerweile ist die Ausklammerung allein der Schulart Gymnasium ein Anachronismus, und zwar erst recht im Zeichen der Schulzeitverkürzung auf acht gymnasiale Schuljahre bis zum Abitur. Dabei müssen auch Schulen in die Förderung aufgenommen werden, die nur an zwei statt drei Nachmittagen Unterricht einplanen. Ein teilweiser Übergang zum Nachmittagsbetrieb ist ein guter Weg, um den Schülern auch noch Nachmittage für außerschulische Aktivitäten und Freizeit zu lassen - also auch Zeit für Aktivitäten in Vereinen oder für die Gestaltung eigener Interessen

Natürlich sind Ganztagskonzepte nicht der einzige Ansatz, das G8-Modell praktikabel zu machen. Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre setzt logischerweise eine Neuordnung der Lehrpläne voraus. Aber auch dies ist in Schleswig-Holstein nicht so vorbereitet worden, wie es nötig wäre.

Entscheidend für die Einführung des „Turbo-Abiturs“ ist schließlich die Bereitstellung ausreichender Personalmittel. Im Juni 2004 hat der Landesrechnungshof dazu in einem Sonderbericht folgendes festgestellt:

*„Eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre würde den Lehrbedarf in der 8-jährigen Einführungszeit sukzessive um maximal 300 Stellen erhöhen, ab dem 9. Jahr nach Einführung würden ca. 70 Stellen weniger als derzeit benötigt.“* (LRH, 4. Juni 2004, S. 73).

Die Realität in Schleswig-Holstein sieht aber so aus:

Die Gymnasien erhalten nicht einmal für den massiven Anstieg ihrer Schülerzahlen hinreichenden Ausgleich durch mehr Lehrerstellen. Von einem Ausgleich für den Wegfall der „Vorgriffsstunde“ und für die steigenden Anforderungen durch die Schulzeitverkürzung ist schon gar nicht die Rede.

Weil die „Vorgriffsstunde“ im kommenden Schuljahr ausläuft, haben die Gymnasien nach den Sommerferien 2008 sogar tatsächlich mit einem Schwund an Lehrerstunden zu rechnen - und zwar im Gegenwert von 85 Stellen.

Wenn die Lehrerinnen und Lehrer dann vom Schuljahr 2009/10 an für ihre langjährige Mehrarbeit entlastet werden - wenn also die sogenannte „Rückzahlung“ der Vorgriffsstunde beginnt - sind es mindestens noch einmal 85 Stellen, die dann de facto fehlen werden (quer über alle Schularten 420 Stellen).

In den beiden kommenden Schuljahren verlieren also allein die Gymnasien Lehrerstunden im Umfang von mindestens 170 Stellen - und das bei nachweislichem Mehrbedarf, weil in den G-8-Jahrgängen

mehr Wochenstunden erteilt werden als bisher in den Jahrgänge des neunjährigen Gymnasiums.

In diesem Zusammenhang noch eine Anmerkung zu dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN:

Dort wird unter Punkt 2 gefordert, zusätzliche Lehrerstunden, die die Gymnasien für das G 8 – Konzept erhalten sollen, müssten wie in anderen Schularten für individuelle Fördermaßnahmen eingesetzt werden. Dies ist aber nicht möglich, weil diese Stunden für die im G-8-Modell vorgezogenen Fächer benötigt werden. Wenn beispielsweise die 2. Fremdsprache bereits im 6. Schuljahr (statt, wie im bisherigen neunjährigen Gymnasium, im 7. Schuljahr) beginnt, dann werden die Extra-Stunden logischerweise für diesen Fachunterricht benötigt und stehen nicht für Förderstunden zur Verfügung. Andernfalls könnte man die Schüler der Gymnasien ja nicht in einer 2. Fremdsprache unterrichten!

Insoweit beruht der Antrag der Grünen auf einem Denkfehler!

Die 2. Fremdsprache ist übrigens ein gutes Beispiel dafür, welche Probleme mit der Schulzeitverkürzung im Gymnasium verbunden sind. Im Schuljahr 2009/2010 werden zwei Schülerjahrgänge gleichzeitig mit der 2. Fremdsprache starten: der 6. Jahrgang des ersten G8-Zuges und der 7. Jahrgang des letzten G9-Zuges.

Daraus folgt:

Im übernächsten Schuljahr, 2009/2010 benötigen die Schulen für jene Schüler, die mit der 2. Fremdsprache beginnen, doppelt soviel Personal wie sonst üblich! Aus den Gymnasien ist zu hören, dies werde schon für den Fremdsprachenunterricht in Französisch zu erheblichen Problemen führen; in Mangelfächern wie Latein und Spanisch sieht die Situation aber absolut düster aus.

Es stellt sich die Frage, ob und inwiefern das Bildungsministerium rechtzeitig Vorkehrungen getroffen hat, um den Schulen eine Lösung für diese Klemme zu ermöglichen.

Die Kritik geht aber auch an die Adresse der CDU: Bekanntlich war es die Union, die den Gymnasien im neuen Schulgesetz die anstehenden Neuerungen - Turbo-Abitur und Profiloberstufe - beschert hat. Um die dazu nötigen Rahmenbedingungen hat sich die CDU jedoch offenkundig überhaupt nicht gekümmert!

Das betrifft die ausreichende Lehrerversorgung der Gymnasien ebenso wie die Rahmenbedingungen für die Oberstufenreform. Mit Beibehaltung des Klassenteilers (29) werden sich die Unterrichtsbedingungen in der Oberstufe gegenüber dem bisherigen Kurssystem erheblich verschlechtern. Auch hier lässt die große Koalition – also auch die CDU - die Gymnasien im Stich. Wie in anderen Bundesländern – Hessen und Bayern – ist die Reform der Gymnasien misslungen!“